

Neoliberale Think Tanks als (neue) Akteure in österreichischen gesellschaftspolitischen Diskursen

Stephan Pühringer
Christine Stelzer-Orthofer

Neoliberale Think Tanks als (neue) Akteure in österreichischen gesellschaftspolitischen Diskursen¹

Abstract

Im Zuge der ÖVP/FPÖ-Regierung Anfang der 2000er Jahre wurden in Österreich eine Reihe neoliberaler Reformprogramme initiiert, die auf einer dichotomen Vorstellung von Staat und Politik vs. Markt und Privat beruhen. Während dieser Logik folgend erstere als ineffizient, unwirtschaftlich und statisch diskreditiert werden, werden letztere mit Attributen wie Effizienz, Freiheit oder Dynamik versehen. Nach dieser einschneidenden „neoliberalen Wende“ in Österreich, treten in den letzten Jahren vermehrt neoliberale Think Tanks als Akteure im gesellschaftspolitischen Diskurs in Erscheinung. In diesem Artikel wird einerseits anhand einer Sozialen Netzwerkanalyse zu institutionellen, personellen und strukturellen Verbindungen gezeigt, wie eng neoliberale Think Tanks wie das Hayek Instituts und die Agenda Austria in bestehenden markradikalen Netzwerken finanzkräftiger, privatwirtschaftlicher AkteurInnen und wirtschaftlicher Interessensvertretungen verankert sind. Andererseits wird auf Basis einer Diskursanalyse der Argumentationslinien in der Selbstpositionierung und medialen Resonanz dieser Akteure dargelegt, dass neoliberale Think Tanks ein zunehmend wichtiger werdender Bestandteil einer „Diskurskoalition“ (Hajer) zum Rückbau des Sozialstaats sind.

Schlüsselwörter: Think Tank-Forschung, neoliberale Sozialpolitik, Soziale Netzwerkanalyse, Agenda Austria, Hayek Institut.

¹ Das Working paper erscheint in leicht modifizierter Form in der SWS Rundschau 1/2016.

Neoliberal Think Tanks as (new) actors in Austrian socio-political discourses

The case of the Hayek Institute and Agenda Austria

Abstract

Austrian chancellor Schüssel's right wing-conservative administration during the early 2000s induced a number of neoliberal reforms, resting on the strict dichotomy of state and politics vs. markets and private enterprise. Whereas the former in this conception is characterized as inefficient, static and uneconomic, the latter is euphemistically attributed with liberty, efficiency and dynamics. After this far-reaching neoliberal turn Austrian neoliberal during the last years think tanks increasingly have entered socio-political discourses. In this article, applying a social network analysis, on the one hand we demonstrate the close interconnections of think tanks like e.g. the Hayek Institute and the Agenda Austria in existing market radical networks of economic potent actors and employers' associations. On the other hand we employ a discourse analysis framework focusing on documents of think tanks self-representation and media response in opinion-leading newspapers in order to show that neoliberal think tanks are more and more becoming an integral part of a "discourse coalition" (Hajer) for the dismantling of the Austrian welfare state.

Keywords: Think Tank research, neoliberal social and societal policy, social network analysis, Agenda Austria, Hayek Institute.

Einleitung

Betrachtet man die mediale und politische Debatte der letzten Monate so kann hier in relativ kurzen Intervallen eine diskursive Radikalisierung in gesellschaftspolitischen Debatten konstatiert werden. Wurde im Bereich der Mindestsicherung wiederholt eine zu lasche Handhabung potenzieller Missbräuche konstatiert, steht hinter der Forderung nach einer Pensionsautomatik, die maßgeblich durch die Agenda Austria medial forciert wird, die explizite Überzeugung, dass „die Politik“ aus dieser gesellschaftspolitisch heiklen Frage „herausgehalten“ werden sollte. Schließlich wurde noch im Überwiegen des „Senioritätsprinzip“ über das „Leistungsprinzip“ eine Hauptursache für die Altersarbeitslosigkeit wie auch die mangelnde ökonomische Wettbewerbsfähigkeit festgemacht (Agenda Austria) und alljährlich wird in meinungsbildenden Medien über den „Tax Freedom Day“, also jenem vom Hayek Institut berechneten Tag bis dahin ÖsterreicherInnen „für den Staat arbeiten“ würden, als Hinweis für stetig steigende Steuern- und Abgabenbelastung, berichtet. Zuletzt vertritt im Expertenhearing zum Budgetentwurf 2016 die FPÖ mit Barbara Kolm die Vorsitzende des Hayek Instituts.

Fasst man diese Entwicklungen auf diskursiver wie Akteursebene zusammen, so kann ein für Österreich relativ neuer Trend festgemacht werden: Mit erhöhter Frequenz und steigendem Erfolg drängen neoliberale Think Tanks in die mediale gesellschaftspolitische Debatte, wobei ihr Agitieren meist auf einer dichotomen Gegenüberstellung eines „ineffizienten, unökonomischen und teuren Staates“ und eines „effizienten, selbstregulierenden Marktes“ basiert. Es scheint also aufschlussreich, diese potenziell neuen AkteurInnen sowohl in Bezug auf ihre institutionelle Verankerung, ihre finanzielle, politische wie persönliche Vernetzung zu analysieren und damit auch ihre Verbindung zu bestehenden Akteurs- und Diskurskoalitionen aufzuzeigen. Aufgrund historischer Kontinuitäten und gleichzeitiger unterschiedlicher strategischer Ausrichtung liegt der Fokus der Analyse in diesem Artikel auf dem Hayek Institut als ältesten und der Agenda Austria als aktuell medial wirksamsten neoliberalen Think Tank in Österreich. Girkinger, der eine der wenigen Studien zur Bedeutung neoliberaler Think Tanks in Österreich verfasst hat, stellte 2007 in Bezug auf das Hayek Institut fest: „Durch die Stiftungsprofessur, mit Publikationen und zahlreichen anderen Aktivitäten wird an einer kontinuierlichen Präsenz neoliberaler Themen gebastelt. Es ist anzunehmen, dass sie umso wirksamer in den politischen Entscheidungsprozess einsickern werden, je mehr die für Österreich typische Konsenspolitik erodiert (Girkinger 2007, 215)“. Diese Hypothese aufgreifend, sollen in diesem Artikel daher Wirkungspotenziale für neoliberale Think Tanks in Österreich auf mehreren Ebenen beleuchtet werden.

Der Artikel ist dazu folgendermaßen aufgebaut: In Kapitel 1 erfolgt eine Analyse der programmatischen Leitlinien der ÖVP/FPÖ-Regierungszeit Anfang der 2000er Jahre, in der eine Reihe von neoliberalen Reformprozessen in der österreichischen Sozialpolitik initiiert wurden. Danach wird nach einer Einführung in die Theorie und Methode der Think Tank Forschung (Kapitel 2) der Frage nachgegangen, inwieweit neoliberale Think Tanks in bestehenden Diskurskoalitionen verankert sind, die sich für einen Rückbau wohlfahrtsstaatlicher Leistungen einsetzen (Kapitel 3). Dabei wird gezeigt in welcher Weise und über welche Institutionen („interlocking directories“) die beiden hier näher analysierten neoliberalen Think Tanks in Österreich miteinander verbunden sind. In Kapitel 4 werden „semantic fields“ bzw. Argumentationslinien einer Diskurskoalition einer „neoliberalen Agenda zum Rückbau des Wohlfahrtsstaates“ (Schlögl/Plehwe 2015, 39) aufgezeigt, die insbesondere von der Agenda Austria, dem insbesondere medial sehr gut vernetzten, modernen advokatorischen Think Tank, in sozialpolitischen Themenfeldern in den letzten Jahren vertreten werden. Abschließend wird in Kapitel 5 versucht auf Basis der Analyse der institutionellen, personellen, diskursiven und nicht zuletzt finanziellen Verankerungen und Vernetzungen neoliberaler Think Tanks unsere zentrale These geprüft, wonach mit der Formierung und dem schrittweisen Bedeutungsgewinn neoliberaler Think Tanks in der österreichischen gesellschaftspolitischen Debatte marktradikale Positionen endgültig im politischen Mainstream angekommen zu sein scheinen.

1 Neoliberale Wende in Österreich ab Beginn der 2000er Jahre

Während es bis in die 1980er Jahre österreichweit einen breiten dahingehenden Konsens gab, dass sozialstaatliche Sicherung und wohlfahrtsstaatliche Leistungen zu einem beachtlichen gesamtgesellschaftlichen Nutzen beitragen, werden mittlerweile sozialstaatliche Interventionen immer häufiger in Frage gestellt und diskreditiert. In der gängigen Diktion ist von den „Grenzen“ des Sozialstaats und dessen „Unfinanzierbarkeit“ gleichermaßen die Rede; zudem sei er zu teuer, freiheitsberaubend, überbordend, verbürokratisiert und ineffizient, um nur einige der zentralen Zuschreibungen zu hervorzuheben. Mit dem Slogan „mehr Privat und weniger Staat“ werden die Erfolge kollektiver sozialer Sicherung in wohlfahrtsstaatliches Versagen uminterpretiert; der Sozialstaat wurde nach und nach vom Problemlöser zum Problemerzeuger umgedeutet.

Mit der Regierungsbildung im Jahr 2000 fand dies (zumindest) in programmatischer Weise Eingang in das ÖVP/FPÖ-Arbeitsübereinkommen. Mit dem Anspruch, den österreichischen Sozialstaat neu zu justieren, ihn moderner, effizienter und schlanker zu gestalten sowie

Missbrauch zu vermeiden, ist die ÖVP/FPÖ-Regierung im Jahr 2000 angetreten. Im Regierungsprogramm 2000 wurde daher auf zentrale Codewörter, die einen Rückbau, mindestens aber einen veritablen Umbau der sozialstaatlichen Sicherung signalisieren, Wert gelegt: „Moderne Sozialpolitik steht dabei im Spannungsfeld zwischen Freiheit und Verantwortung, von Leistungsbereitschaft und Solidarität. Die Neuordnung der Aufgabenteilung zwischen staatlich und privater sozialer Verantwortung gehört zu den größten Herausforderungen einer Sozialpolitik, die vor der drohenden Unfinanzierbarkeit und geringer sozialer Treffsicherheit immer teurer werdender Leistungen steht.“ (Regierungsprogramm 2000, 17).

Nicht nur programmatisch spiegelt sich hier die neoliberale Sozialstaatskritik recht eindeutig wider. Freiheit und Leistungsbereitschaft werden gleichermaßen hervorgehoben, wie Eigenverantwortung und mangelnde Treffsicherheit. Mit dem Verweis auf eine künftige Unfinanzierbarkeit wird zügiger Handlungsbedarf avisiert. Marktwirtschaftliche Prinzipien sollen verkrustete staatliche Strukturen aufbrechen und den Wettbewerb im Sozialbereich ankurbeln. Dementsprechend wird daher beispielsweise ein Umstieg von der Pflichtversicherung in der Krankenversicherung hin zu einer Versicherungspflicht erwogen (Regierungsprogramm 2000, 43), die eine freie Wahl des Sozialversicherungsträgers ermöglichen sollte. Die intendierte Vermarktlichung sozialer Sicherheit in diesem Kontext kann auf den programmatischen Leitgedanken reduziert werden: „Wer Eigenverantwortung übernehmen kann und Wahlfreiheit besitzen will, braucht keinen Wohlfahrtsstaat.“ (Rosenberger/Schmid 2003, 96).

Der Einfluss dieser Ideologie, die auf den Abbau sozialstaatlicher Sicherung zielt, wird auch in jenen Passagen des damaligen schwarz-blauen Regierungsabkommens, die sich der „Treffsicherheit“ sozialer Leistungen widmen, deutlich. Der Sozialstaat müsse sich „immer wieder neuen Herausforderungen anpassen und ständig die Treffsicherheit, die Angemessenheit, die Zielgenauigkeit und die Missbrauchssicherheit der einzelnen Elemente des Sozialstaats überprüfen und korrigieren“ (Regierungsabkommen 2000, 23). Bezogen wird hier implizit zum einen auf Überversorgung, zum anderen explizit auf die Gefahr des Missbrauchs sozialer Leistungen; gleichermaßen werden im Hinblick auf Einsparungen für die ebenso auf der Agenda stehende Budgetkonsolidierung Sozialleistungen per se in Frage gestellt. Eine unmittelbar nach der Regierungsbildung 2000 initiierte ExpertInnenkommission wurde mit dem Auftrag betraut, auszuloten, wie und in welchen Bereichen soziale „Treffsicherheit“ erhöht werden kann und welche diesbezüglichen Potentiale zur Kostenreduktion vorliegen (Seifert 2012, 110).

In der Folge wurde noch im Jahr 2000 damit begonnen, ein nicht unbeträchtliches „Leistungskürzungsprogramm“ (Rosenberger/Schmid 2003, 107f.) umzusetzen, das von der Abschaffung der beitragsfreien Krankenversicherung von kinderlosen EhepartnerInnen bzw. LebensgefährtInnen, restriktiveren Maßnahmen und Leistungseinschränkungen in der Arbeitslosenversicherung, der Einführung der (später wieder abgeschafften) Ambulanzgebühr bis hin zu Kürzungen bei den Hinterbliebenenpensionen reichten. Die Absicht war - und ist - dem vermeintlichen Missbrauch von Leistungen, insbesondere aus der Arbeitslosenversicherung, entgegenzuwirken, da Arbeitslosigkeit in der neoliberalen Denktradition primär freiwillig und den zu hohen Sozialtransfers geschuldet sei.

Nicht minder bedeutsam waren die Vorschläge im Regierungsprogramm 2000 „zur nachhaltigen Sicherung der Pensionen und der Altersvorsorge“, die im Rahmen der Pensionssicherungsreform 2003 und der Pensionsharmonisierung 2004 - wenn auch durch die Intervention der maßgeblichen Sozialpartner in modifizierter, sozial verträglicherer Form - letztlich auch beschlossen wurden. Auch sie bewirk(t)en sowohl einen strukturellen Umbau als auch perspektivisch recht beachtliche Leistungseinschränkungen (Tálos 2005, 70).

Das ideologische und politische Fundament für einen schlankeren österreichischen Sozialstaat wurde spätestens ab Beginn der 2000er Jahre gelegt, auch wenn die sozialpolitische Entwicklung in den letzten fünfzehn Jahren in Österreich als durchaus ambivalent charakterisiert werden kann².

Bevor in weiterer Folge die Rolle von Think Tanks in der österreichischen gesellschaftspolitischen Debatte der letzten Jahre nach diesem „neoliberalen turn“ Anfang der 2000er analysiert werden kann, wird zunächst ein Überblick über die Entstehung und die Funktionen von Think Tanks, deren Abgrenzung zu anderen politischen AkteurInnen, sowie über aktuellen Entwicklungen der sozialwissenschaftlichen Think Tank Forschung gegeben.

2 Definition, Funktionen und die Entwicklung von Think Tanks

Ursprünglich wurde die Titulierung „Think Tanks“ während des 2. Weltkriegs in den USA als Bezeichnung für einen Rückzugsort für strategische Besprechungen verwendet (Abelson 2014). Somit wurden Think Tanks der Wortbedeutung nach also gleichsam als „Denkpanzer/Denkunker“ verstanden, in dem geschützt vor äußeren Einflüssen – koordiniertes Handeln besprochen werden könne. Während sich im deutschsprachigen

² Zum einen wurde ein eindeutig restriktiverer Kurs eingeschlagen, wie die erwähnten Adaptierungen bei Pensions- und Arbeitslosenversicherung belegen; zum anderen wurden Maßnahmen und Leistungen implementiert, die ein Stück weit auf unzureichende Absicherung reagierten und mehr soziale Rechte gewähren. Dies betrifft beispielsweise das Kinderbetreuungsgeld aus dem Jahr 2002, das dem Sozialversicherungsprinzip den Rücken kehrte und nun auch jenen zusteht, die keine vorherigen Sozialversicherungsbeiträge getätigt haben.

Diskurs die Bezeichnung der „Denkfabrik“ fernab von militärischen Analogien weitestgehend durchgesetzt hat, ist ein akkordiertes gemeinsames Handeln einer bestimmten Interessensgruppe mit strategischer Weitsicht noch immer zentrales Bestimmungskriterium für die Arbeit und Selbstdarstellung von Think Tanks. Pautz (2012, 1) stellt in einer Vergleichsstudie von sozialdemokratischen Think Tanks in Deutschland und Großbritannien zu deren Aufgaben einleitend fest: „Think-tanks are in the business of producing and advocating ideas with the objective of influencing politicians, civil servants and the general public so that politics and policies develop in particular directions“.

In der Verbindung der institutionellen Aufstellung, Anbindung und Abgrenzung sowie ihrer politischen Zielsetzung lassen sich Think Tanks in der für die Think Tank-Forschung einflussreichen Kategorisierung von McGann/Weaver (2000) auf drei Ebenen kategorisieren. Erstens, akademische Think Tanks, die auch als „university without students“ (McGann/Weaver 2000:7) bezeichnet werden. Diese Gruppe von Think Tanks ist maßgeblich durch die Zusammenarbeit mit WissenschaftlerInnen und Universitäten charakterisiert und fokussiert im Zuge der Publikation von aufwändigen Gutachten und Studien auf langfristige Perspektiven. Zweitens, nicht- oder semi-staatliche Institutionen die politikberatende Auftragsforschung für politische Institutionen betreiben. Stone/Ullrich (2003, 11) beschreiben diese Beratungsinstitutionen als „technocratic in style and non-partisan“. Drittens, und insbesondere für die hier vorliegende Analyse interessant ist die Kategorie der „advokatorischen Think Tanks“, die eine klar zuordenbare ideologische Ausrichtungen einerseits und eine offensive und teilweise aggressive Öffentlichkeitsstrategie verfolgen.

Diese letzte Gruppe von Think Tanks entstand im angelsächsischen Raum verstärkt ab Ende der 1970er Jahre als Kontrapunkt zum keynesianisch-wohlfahrtsstaatlichen Konsens der Nachkriegszeit. Advokatorische Think Tanks betreiben wenig eigenständige Forschung, sondern versuchen durch ein Netzwerk ideologisch nahestehender ExpertInnen wissenschaftliche Expertisen und insbesondere deren wissenschaftlich-weltanschauliche Paradigmen medial „zu vermarkten“ (Thunert 2003). Advokatorische Think Tanks operieren zwar auf Basis fester ideologischer Grundlagen und daher auch „parteiisch“ („partisan“), gleichzeitig wird im Außenauftritt oftmals die „Unabhängigkeit der Expertise“ betont. Unter Unabhängigkeit in diesem Kontext wird dabei finanzielle Unabhängigkeit von Parteien und parteinahen Institutionen sowie staatlichen Institutionen verstanden. Im Gegensatz wird die finanzielle Unterstützung von privatwirtschaftlichen Förderern nicht als Gefährdung der Unabhängigkeit interpretiert, da hier eine Kongruenz der Interessen vorliege. Für das österreichische Beispiel der Agenda Austria beschreiben Schlögl/Plehwe (2015, 42) auf

ähnliche Weise, dass eine Einflussnahme der privatwirtschaftlichen Auftraggeber gar nicht nötig sei, „weil die zahlungskräftige Kundschaft weiß, was sie bekommt“.

Aus einer historischen Perspektive zur Entwicklung der institutionellen Aufstellung von Think Tanks betrachtet, weisen Plehwe (2010) oder auch Thunert (2006) darauf hin, dass die Mehrzahl der heute etwa 6.500 aktiven Think Tanks (McGann 2014) ab den 1979er/1980er Jahren gegründet wurden. Auf Ebene der dargestellten Kategorien von Think Tanks ist zugleich eine quantitative Verschiebung von akademischen zu advokatorischen Think Tanks zu konstatieren. So stellen Rich/Weaver (1998) in Bezug auf die USA fest, dass Think Tanks zu Beginn des 20. Jahrhunderts größtenteils für akademische Expertise standen, ab dem zweiten Drittel des 20. Jahrhunderts danach aber verstärkt als Advokaten von spezifischen Interessen wahrgenommen werden. Es ist zugleich aufschlussreich, dass die Zunahme der Gründung und der Bedeutungszugewinn von (advokatorischen) Think Tanks in einer Zeit des „neoliberal turn“ stattfindet, im Zuge dessen in Großbritannien unter Margaret Thatcher, den USA unter Ronald Reagan und in abgeschwächter Form auch in Deutschland unter Helmut Kohl marktliberale bis marktradikale Reformprogramme das Ende der keynesianischen Nachkriegsordnung besiegeln.

In allen diesen drei Beispielen neoliberaler „turns“ spielen indes Think Tanks eine zentrale Rolle. So manifestierte sich der Einfluss von Think Tanks wie der RAND Corporation oder der Heritage Foundation während der Amtszeit und hier insbesondere in der Gesundheitsreform³ von Reagan (McGann 1992, Abelson 1995). Thatcher wiederum war schon vor ihrer politischen Karriere eng mit dem Institute of Economic Affairs (IEA) verbunden und bezog sich in ihren radikal anti-wohlfahrtsstaatlichen Reformprogrammen maßgeblich auf die Expertise des IEA (Muller 1998). Die marktliberale Stiftung Marktwirtschaft bzw. deren Wissenschaftlicher Beirat, der Kronberger Kreis, spielten eine zentrale Rolle im deutschen „neoliberal turn“ unter Kohl (Ptak 2004, Ötsch/Pühringer 2015). Es kann also anhand dieser drei Beispiele festgestellt werden, dass neoliberale wirtschaftspolitische Think Tanks den Prozess der Erosion des keynesianischen Wohlfahrtsstaates in vielen Kontexten auf politischer Ebene entscheidend mitgeprägt haben.

³ Eine Serie von Studien der RAND Corporation, darunter die Langzeitstudie „the RAND health insurance experiment“ (Manning et al. 1987) postulierten die mangelnde ökonomische Effizienz des amerikanischen Gesundheitssystems und waren damit maßgebliche Ideengeber für die marktorientierte Gesundheitsreformen unter Reagan.

3 Institutionelle und ideologische Verortung und Vernetzung neoliberaler Think Tanks in Österreich

Durch die veränderten Anforderungen politischer Überzeugungsarbeit durch den Bedeutungsgewinn moderner Kommunikationssysteme in den letzten Jahrzehnten müssen Think Tanks rascher agieren und dabei vermehrt den direkten medialen Kontakt suchen: „Gone are the days when a think tank could operate with the motto ‘research it, write it and they will find it.’ Today, think tanks must be lean, mean, policy machines” (McGann 2014, 7). Moderne advokatorische Think Tanks nehmen also im Vergleich zu älteren bzw. akademischen oder Beratungs- und Auftrags-Think Tanks kaum mehr die Aufgaben klassischer (wirtschafts-)wissenschaftlicher Politikberatung wahr, sondern agieren nach dem Beispiel der in den frühen 1970er Jahren gegründeten Heritage Foundation zunehmend marketingorientiert, also neben der Politik auch auf die mediale Öffentlichkeit gerichtet.

Im Zuge dieser Entwicklung hat sich in den letzten Jahren ein eigenständiger sozialwissenschaftlicher Forschungszweig entwickelt, der die Analyse der heterogenen Vernetzungen zwischen neoliberalen Think Tanks⁴ (Plehwe 2013, 2014; Plehwe/Mirowski 2009; Stone 2013) ins Zentrum rückt. In diesem Kontext steht weniger die Kategorisierung von Think Tanks und deren Abgrenzung von anderen politischen Einflussgruppen im Vordergrund. Vielmehr scheint angesichts der engen Vernetzungen zwischen Think Tanks einerseits und deren gemeinsamen wirtschaftspolitischen Zielsetzungen andererseits eine Analyse von ideologischen Think Tank Netzwerken zielführender, die wenn auch institutionell heterogen und „politisch unabhängig“ in ihrem koordinierten Handeln Einfluss auf mediale und politische Diskurse nehmen.

Hajer entwickelt dazu das Konzept der Diskurskoalitionen, die er folgendermaßen charakterisiert: “A discourse coalition is the ensemble of a set of story lines, the actors that utters these story lines, and the practices that conform to these story lines, all organized around a discourse” (Hajer 1993, 47).⁵ Die Vernetzung bzw. die gemeinsamen Zielsetzungen von Diskurskoalitionen (DK) fußen in diesem Verständnis also maßgeblich auf geteilten Kausalitätsketten (story lines) zu politischen Problemstellungen⁶.

⁴ Eine Grundlage dafür bietet auch das Konzept der „Advocacy Coalitions“ (Sabatier 1993, 1998, Sabatier et al. 2007), die ebenfalls auf die Verbindung zwischen AkteurInnen und Institutionen mit ähnlicher ideologischer Ausrichtung abhebt.

⁵ Im internationalen Forschungsnetzwerk „Think Tank Research Network“ wird mit der Kategorisierung von „semantic fields“ ein ähnlicher – wenn auch erst entstehender – Ansatz verfolgt: „Semantic fields are topics or maybe better ‘fields of arguing’ that promote a virtual network“ (TTRN 2015).

⁶ So könnte man bezogen auf die arbeitsmarktpolitische Debatte die Ursache für Arbeitslosigkeit in zu hohen Lohnforderungen (neoklassische DK), in mangelnder Nachfrage (keynesianische DK) oder als kapitalistische

Im Folgenden wird nun die institutionelle Verortung des Hayek Instituts, der Agenda Austria und ansatzweise von Eco Austria beschrieben, die in der Kategorisierung von Weaver/McGann (2000) zwar unterschiedlichen Ebenen zuzuordnen sind, in ihrer ideologischen Ausrichtung aber eine „Diskurskoalition“ bzw. teilweise in Bezug auf gesellschaftspolitische Debatten das „semantic field“ einer Agenda zum Rückbau des Sozialstaats besetzen. Auch wenn die hier dargestellten Think Tanks nur einen Ausschnitt neoliberaler Think-Tanks-Netzwerke in Österreich abbilden, wird durch eine soziale und institutionelle Netzwerkanalyse versucht auch andere zentrale Knotenpunkte („interlocking directorates“⁷) dieses Netzwerks darzustellen. Insbesondere soll dabei die Frage nach der wissenschaftlichen, medialen, politischen und wirtschaftlichen Vernetzung und den damit verbundenen Abhängigkeiten und Zielsetzungen der beschriebenen Think Tanks im Zentrum stehen.

3.1 Hayek Institut

Das Hayek-Institut, das 1993 auf Initiative der Industriellenvereinigung (IV) und Anregung des ein Jahr zuvor gestorbenen Friedrich August von Hayek gegründet wurde (Gasser/Müller 2012), ist heute der wohl älteste neoliberale Think Tank Österreich. Während das Institut in seinem Gründungskontext für die Wiederbelebung bzw. die Stärkung der österreichischen Schule der Nationalökonomie eintrat und hier eine Plattform für innerökonomischen Austausch bieten wollte, wandelte sich der Charakter des Hayek-Instituts 2000 mit der neuen Vorsitzenden Barbara Kolm(-Lamprecht), die 2006 auch das mit dem Hayek Institut verbundene Austrian Economic Center (AEC) gründete, grundlegend. So äußern sowohl ÖVP- wie SPÖ-nahe PolitikerInnen und WissenschaftlerInnen, dass sie ihre Aktivitäten im Vorstand des Instituts mit dessen stärkerer politischer Orientierung eingestellt haben⁸.

Auf ökonomietheoretischer Ebene ist die „Österreichische Schule“, die aus dem Methodenstreit zwischen der Deutschen Historischen Schule (insbesondere Gustav Schmoller) und einer Gruppe von ÖkonomInnen rund um Carl Menger und später Friedrich von Wieser und Eugen von Böhm-Bawerk Ende des 19. Jahrhunderts hervorging, zunächst

Systemnotwendigkeit (marxistische DK) verorten.

⁷ Borris (2005) etwa verwendet den Ansatz der „interlocking directorates“ als zentrales Erklärungskriterium um den ideologischen Zusammenhalt zwischen wirtschaftlichen Eliten bzw. Unternehmen darzustellen. Aus der Analyse von Unternehmens-Netzwerken kommend, beschreibt dieser Ansatz auf der Theorie der Sozialen Netzwerkanalyse basierend AkteurInnen, die über mehrere Funktionen in unterschiedlichen Institutionen eine verbindende Position in Netzwerken haben. Diese AkteurInnen oder Institutionen sind über ihre Verbindungsfunktion also maßgeblich für das Bestehen und den Zusammenhalt von Netzwerken.

⁸ Heinrich Neisser beklagt, dass durch die Verbindung mit der FPÖ das Institut den „Charakter eines Propagandaverhältnisses“ bekommen habe. Ewald Nowotny begründet sein Ausscheiden nach anfänglichen theoretischen Interesse ebenfalls mit der stärkeren politisch-ideologischen Orientierung des Hayek Instituts (zit. nach. Gasser/Müller 2012, 3).

schwer zu bestimmen. So meint etwa Rothschild (2004), dass man einerseits eher von einer amerikanisch-österreichischen Schule sprechen müsse, da die „austrians“ schon sehr früh bestenfalls in den USA Resonanz fanden und es andererseits kaum eine klar definierte, abgrenzbare „Schule“ gab. Insbesondere Vertreter späterer Generationen der „austrians“, wie Ludwig Mises und Friedrich August Hayek, der als Namensgeber des Instituts fungiert, stehen allerdings als maßgebliche Wegbereiter und auch institutionelle Vernetzer des Neoliberalismus für eine klare wirtschaftspolitische Positionierung. Unabhängig von ökonomietheoretischen Differenzen im zentralen Gründungs-Think-Tank des Neoliberalismus, der Mont Pèlerin Society (MPS) (Plehwe/Walpen 2006, Nordmann 2005), steht die Ablehnung staatlicher Interventionen, kollektiver Interessensvertretungen zugunsten eines freien Marktes hierbei im Zentrum (Ötsch 2009).

Trotz der klaren Positionierung gegen staatliche Wirtschaftspolitik wies/weist das Hayek Institut insbesondere über seine Präsidentin Kolm enge Beziehungen zur Politik auf. Schon zur Zeit der ÖVP/FPÖ-Regierung, die den endgültigen neoliberalen Bruch des sozialpartnerschaftlichen Konsenses in Österreich markierte (Tálos 2006), kam es zu einer engen Kooperation des damaligen Finanzministers Karl-Heinz Grassers mit dem Hayek Institut, die sich auch in der staatlichen Unterstützung für einen Hayek-Stiftungslehrstuhl äußerte. Daneben wurden über das Wissenschaftsministerium und das Finanzministerium in den frühen 2000er Jahren Subventionen von je bis zu 200.000€ ausbezahlt, Grasser schrieb mehrmals Vorworte für Publikationen des Hayek-Instituts und ermöglichte dem Hayek-Institut Veranstaltungen im Finanzministerium abzuhalten. Grasser wie auch Bildungsministerin Gehrler verteilten zudem einige Tausend Exemplare des im Umfeld des Hayek Instituts entstandenen Buchs „Wie Wirtschaft wirklich funktioniert“ im Finanzministerium bzw. an Schulen (Girkinger 2007). Nach der Abwahl der ÖVP/FPÖ/BZÖ-Regierung kam es zwar zu einer Verringerung der staatlichen Subventionen (Gasser/Müller 2012). Im Jahresabschluss des Hayek Instituts von 2013 steht unter dem nicht weiter aufgeschlüsselten Posten „Subventionen und Zuschüsse der öffentlichen Hand“ noch ein Betrag von 125.000€ (Hayek Institut 2014b).

Weiterhin bestehen auch enge Vernetzungen zwischen Kolm, die auch selbst FPÖ-Gemeinderätin in Innsbruck war, zur FPÖ, bzw. zeitweise auch zu Frank Stronach. So unterstützte Kolm die massive Kritik von Heinz Christian Strache am Europäischen Stabilisierungsmechanismus (ESM) und wird regelmäßig auch von der FPÖ in parlamentarischen Anhörungen als Expertin zu wirtschaftspolitischen Fragen nominiert, wie zuletzt beim Expertenhearing zum Budget 2016. Das sozialstaatskritische Konzept des „Tax

Freedom Day⁹ wiederum wurde und wird neben den genannten Parteien, der IV oder Organisationen der WKÖ auch vom BZÖ bzw. den NEOS in der Argumentation gegen einen „überbordenden“ oder „verkrusteten“ Sozialstaat als wirtschaftliches Hemmnis herangezogen. Das in internationalen neoliberalen Think Tank-Netzwerken gut vernetzte - und auch in der Liste der einflussreichsten Think Tanks (McGann 2014) geführte - Hayek Institut bzw. das AEC (Girkinger 2007, bzw. Abbildung 1¹⁰) forciert mit Veranstaltungen wie der „Free Market Roadshow“, einer europaweiten Diskussionsserie oder dem „Tax Freedom Day“ eine dichotomes Verständnis von Staat und Markt. Während das Hayek Institut medial mit Ausnahme der Propagierung des Tax Freedom Day, über den in der Presse und teilweise auch im Standard in den letzten Jahren berichtet wurde, derzeit vergleichsweise wenig in Erscheinung tritt, wird über Schülerwettbewerbe wie die „Kinderbusinessweek“ oder den „Next Generation Mobility Award“ versucht, marktliberales Denken schon früh zu fördern und Vernetzungsplattformen über privatwirtschaftliche MentorInnen aufzubauen. Hierzu werden in Analogie zur Strategie der deutschen Initiative Neue Soziale Marktwirtschaft (INSM) (Speth 2006) bekannte Persönlichkeiten des öffentlichen Lebens (z.B. der Skispringer Gregor Schlierenzauer) als Promotoren eingesetzt (Hayek Institut 2014a).

3.2 Agenda Austria

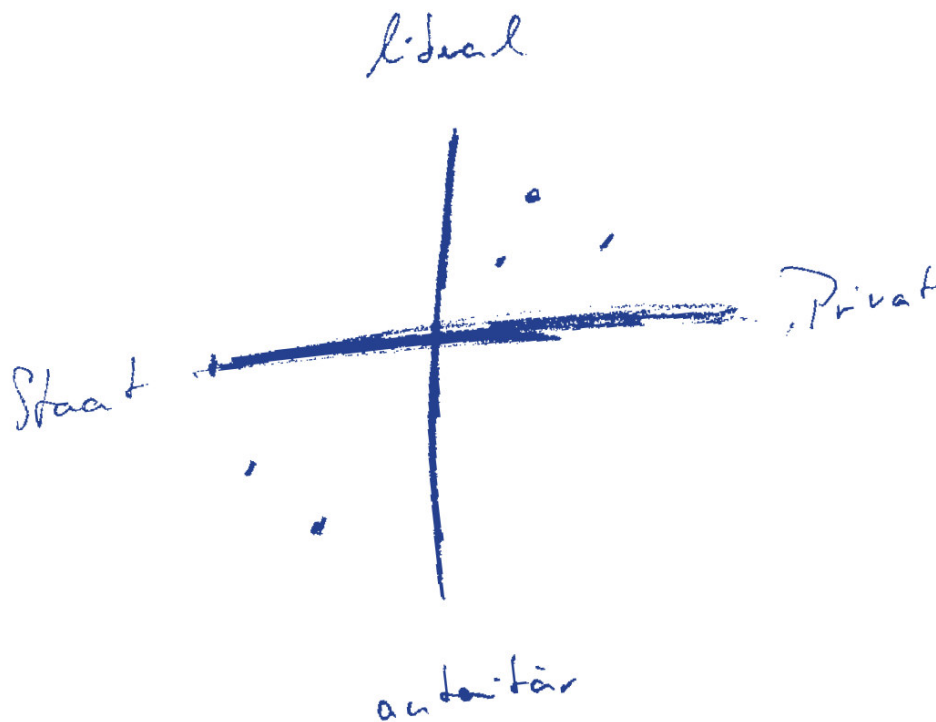
Ein wesentlich jüngerer österreichischer advocacy Think Tank ist die 2013 ebenfalls auf Betreiben der IV¹¹ vom ehemaligen Wirtschaftsressortleiter der Presse, Franz Schellhorn, gegründete Agenda Austria. Ähnlich wie das Hayek Institut deklariert sich auch die Agenda Austria (2015) als von „Staat, Parteien, Kammern und Interessenverbänden“ unabhängiger Think Tank, der ausschließlich durch private Zuwendungen finanziert wird. Dabei wird ebenfalls der diskursiven Dichotomie aus Staat und Markt/Privat gefolgt, wie es sich in Abbildung 1 zeigt, die der programmatischen Schrift „Handbuch zur intellektuellen Selbstverteidigung“ (Agenda Austria 2012, 3) vorangestellt wird.

⁹ Als Tax Freedom Day wird jener Tag bezeichnet, an dem die SteuerzahlerInnen fiktiv ihre Steuer abbezahlt hätten und ab dem Sie über ihr Einkommen frei verfügen könnten. Ziel sei ist es hierbei „the consequences – and alternatives to – excessive taxation“ (AEC 2015)

¹⁰ Die gute internationale Vernetzung zeigt sich in Kooperationspartnern wie der Heritage Foundation, der Atlas Foundation, dem CATO Institut oder dem Ludwig von Mises Institut, allesamt zentrale Knotenpunkte in internationalen neoliberalen Netzwerken rund um die MPS (Plehwe/Mirowski 2009).

¹¹ Die IV bzw. deren ehemaliger Präsident Veit Sorger erwies sich in den letzten Jahren generell als sehr aktiv in der Unterstützung und Forcierung neuer Think Tanks. So wurde 2012 Eco Austria als potenzieller Gegenspieler zu WIFO und IHS gegründet, nachdem dem WIFO schon 2009 nach zu linken, marktkritischen Positionen Subventionen der IV entzogen wurden.

Abbildung 1: Markt-Staat-Dichotomie neoliberaler Think Tanks



Wie durch die Punkte signalisiert, werden dem Staat hier autoritäre, dem Gegenpol „Privat“ hingegen liberale Attribute zugeordnet.

Im Gründungskontext der Agenda Austria wird vom Mitbegründer Christoph Kraus, langjähriger Vorstand der Kathrein Privatbank und zudem Generalsekretär des Verbandes österreichischer Privatstiftungen, auf die erfolgreiche politische Arbeit als „Großhändler von Ideen“¹² anderer neoliberaler Think Tanks wie dem Institute of Economic Affairs, der MPS und der Avenir Suisse als Vorbild verwiesen (Kraus 2012). Während der Verweis auf die ersten beiden primär als politisch-ideologische Zuordnung zu verstehen ist, dient die Avenir Suisse unmittelbar als „role model“ für die institutionelle, strukturelle wie mediale Organisation der Agenda Austria. So sei es schlichtweg das Ziel „unter tätiger Mithilfe von Avenir-Direktor Gerhard Schwarz“ die Avenir Suisse zu „austrifizieren“ (Agenda Austria 2012, 122).

Ein weiteres aufschlussreiches Argumentationsmuster für die Motivation zur Gründung der Agenda Austria ist die Wahrnehmung, dass nach der Finanz- und Wirtschaftskrise - wenn auch nur für einen kurzen Moment (Pühringer 2015) - ökonomie- und teilweise auch kapitalismuskritische Perspektiven rezipiert würden und marktliberale Positionen diskreditiert seien. So argumentiert Kraus (2012) die Gründung der Agenda Austria damit, dass „das

¹² Kraus bezieht sich damit auf die Elitekonzeption, die Hayek in „the intellectuals and socialism“ (1949) entwickelt, wo er für die erfolgreiche Dissemination neoliberaler Ideen das Zusammenspiel von „original thinkers“ und „second-hand-dealers in ideas“ betont.

Pendel seit 2008 in eine andere Richtung ausschlägt. Jetzt kommt der Staat wieder mit Regulierungen und übernimmt eine stärkere Rolle in der Wirtschaft“. Analog dazu wird in der ersten offiziellen Publikation der Agenda Austria (2012, 7ff.) die scheinbare Diskurshegemonie kapitalismuskritischer AutorInnen in öffentlichen Debatten beklagt.

Diese Reaktion auf einen scheinbaren diskursiven Wandel in der Debatte zum Kapitalismus weist frappierende Analogien zum Gründungskontext der schon angesprochenen INSM auf, die ebenfalls auf Initiative eines großen Wirtschaftsverbands (der IG Gesamtmetall) vor dem Hintergrund einer Meinungsumfrage gegründet wurde, die ergab, dass die Deutschen einen stärker staatlich gelenkten Kapitalismus und einen breiten sozialen Wohlfahrtsstaat bevorzugen würden (Speth 2006). Vor diesem Hintergrund sieht es auch die Agenda Austria (2012, 10) als ihre Hauptaufgabe „die veränderungsbereiten Bürger (Österreichs) mit Ideen zu versorgen und dabei zu helfen, aus den verfestigten Stimmungen dynamische Handlungspositionen abzuleiten.“ Daher fokussiert die Agenda Austria primär auf eine Beeinflussung der öffentlichen Meinungsbildung, da sich politische EntscheidungsträgerInnen entweder ausschließlich ihre eigene Wiederwahl zum Ziel setzen würden oder Interessensverbänden folgen würden: „Die Politik kann wenig bewegen, sie dreht sich nach dem Wind. Wir wollen den Wind steuern. Wenn die öffentliche Meinung dreht und eine gewisse Politik nicht mehr zulässt, dreht auch die Politik“ (Kraus 2012). Durch die langjährige journalistische Erfahrung des Leiters Franz Schellhorn ist die Agenda Austria daher (weitgehend erfolgreich) um öffentliche Präsenz bemüht und versucht auf aktuelle Debatten zu reagieren bzw. ihre marktliberalen Positionen medial zu verbreiten und damit diskursive Wirkung zu entfalten. Thomas Hofer (im Format vom 5.12.2014) bezeichnet die medienaffine Agenda Austria daher im Vergleich zu den „altherwürdigen Tankern“ WIFO und IHS als „Schnellboot“. Schellhorn, der über viele Jahre in der Presse als Wirtschaftschefredakteur die Kolumne „Was der Kapitalismus kann und wofür er nichts kann“ verfasste, wurde von Sorger und Kraus als Leiter ausgewählt, weil „er zu den wenigen Publizisten (zählt), die konsequent die Folgen der schleichenden Verstaatlichung und des Zusammenspiels von Parteien und ständestaatlich organisierten Kammern aufzeigen“ (Agenda Austria 2012, 123). Schellhorn ist und war zudem über die letzten Jahre hindurch in der Vernetzung marktliberaler JournalistInnen (etwa in der Plattform „Ortner-Online“ des Presse- und Wiener Zeitung-Redakteurs Christian Ortner, nach Eigendefinition das „Zentralorgan des Neoliberalismus in Österreich) aktiv und hält Kontakte zu andern markt- und neoliberalen Institutionen wie dem „Club unabhängiger Liberaler“ oder dem Hayek Institut.

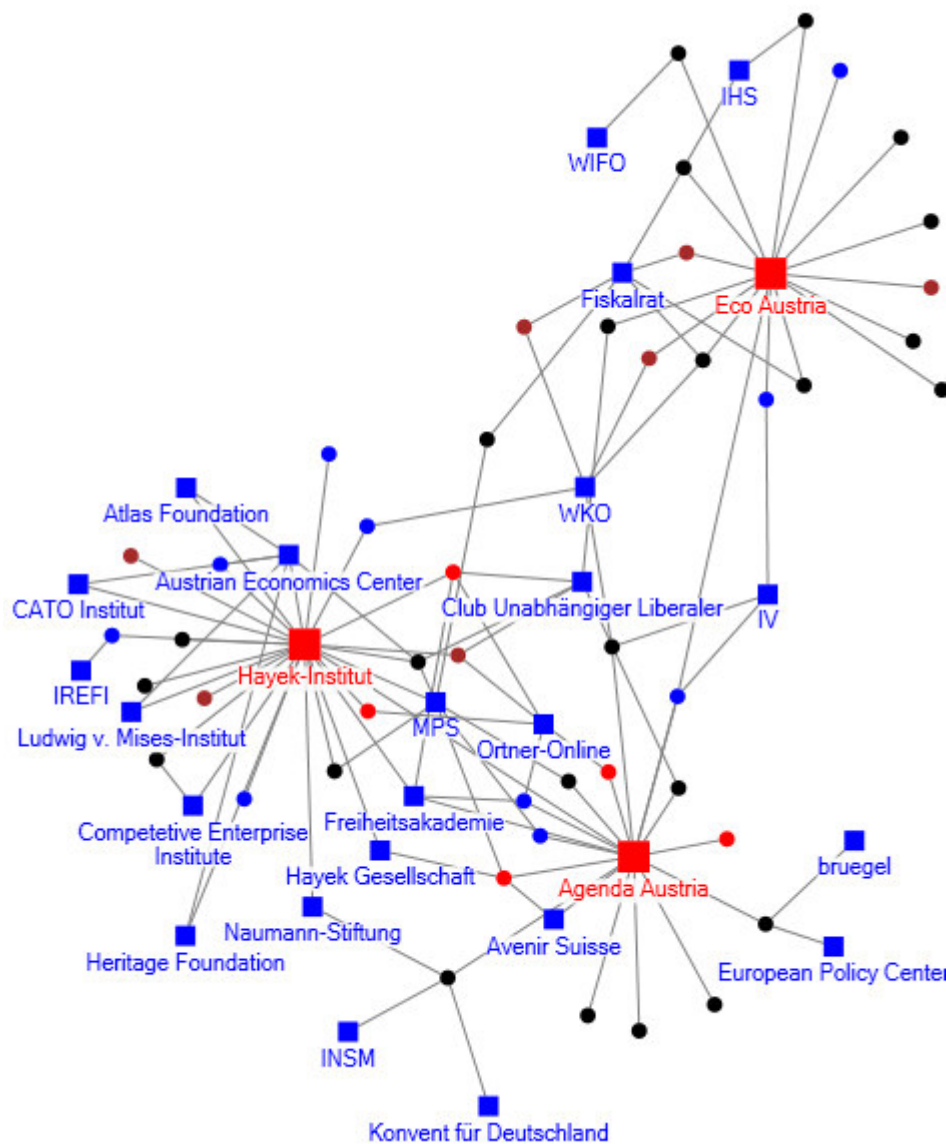
In der Finanzierung der Agenda Austria manifestiert sich ebenfalls die Orientierung an der Avenir Suisse eindrucksvoll. So wird zwar mehrmals die Unabhängigkeit des Think Tanks von Parteien, Staat und Interessensverbänden betont, eine potenzielle Abhängigkeit von finanzkräftigen, privatwirtschaftlichen Fördergebern scheint hingegen wohl nicht befürchtet zu werden. Während sich im Förderkreis der 1999 gegründeten Avenir Suisse unter 117 Unternehmen (Stand: Dezember 2015) mit der Credit Suisse, Julius Bär, KPMG, Nestlé, Novartis, der UBS oder der Zurich Insurance Group zentrale Proponenten der Schweizer Finanz- und Konzernoligarchie finden, ist der Förderkreis der Agenda Austria wohl aufgrund ihres erst ca. 3-jährigen Bestehens noch weniger prominent zusammengesetzt. Dennoch finden sich auch unter den 28 Unternehmen im Förderkreis der Agenda Austria mit der Erste Bank, Miba, der Oberbank, Porr, der Raiffeisen Zentralbank, REWE oder Umdasch auch hier finanzkräftige Industrie- und Finanzunternehmen, weshalb der Kurier am 27.1.2013 zur Gründung der Agenda Austria diese auch als „Denkfabrik der Millionäre“ bezeichnete. So stellte der Billa-Gründer und Milliardär Karl Wlaschek 2013 der Agenda Austria Büros unentgeltlich zur Verfügung (Hodoschek 2013).

Neben dem professionellen medialen Auftreten der Agenda Austria auch über social media ist man bemüht, den wissenschaftlichen Charakter des Think Tanks zu betonen. Dazu wurde einerseits ein wissenschaftlicher Beirat gegründet, der aus den Ökonomen Karl Heinz Paqué, Friedrich Schneider, Rainer Münz, der Finanzjuristin Sabine Kirchmayr-Schliesselberger sowie dem Leiter der Avenir Suisse und langjährigen Chefredakteur der NZZ Gerhard Schwarz besteht. Andererseits werden einzelne Studien entweder von nahestehenden WissenschaftlerInnen begutachtet oder direkt verfasst. Zu diesem erweiterten Personenkreis zählen dann noch WissenschaftlerInnen wie Thomas Straubhaar oder Christian Keuschnigg. Betrachtet man die institutionelle Vernetzung dieser ÖkonomInnen so zeigt sich hier eine breite Verankerung dieser ÖkonomInnen in (v.a. deutschen) neoliberalen Think Tanks, die ebenfalls einer Diskurskoalition zum Rückbau des Sozialstaats zuzuordnen sind (Pühringer/Hirte 2014).

Nachdem die institutionelle und persönliche Verankerung von zwei zentralen neoliberalen Think Tanks in Österreich dargelegt wurde, wird die Vernetzung dieser beiden Think Tanks über persönliche und institutionelle Verbindung (teilweise auch über weitere Think Tanks) im Rahmen einer Netzwerkanalyse aufgezeigt. Hierzu wurden ausgehend von den Lebensläufen der Leitungspersonen, der Mitglieder des Vorstandes und der wissenschaftlichen Beiräte Verbindungen in Form ungewichteter Knoten und Kanten dargestellt¹³.

¹³ Think Tanks und Institutionen werden als Quadrate, Personen als Kreise dargestellt. Die drei roten Think

Abbildung 2: Institutionelle und personelle Vernetzung österreichischer neoliberaler Think Tanks



Zunächst zeigt sich die breite internationale Vernetzung des Hayek Instituts zu zentralen Knoten des globalen neoliberalen Netzwerks rund um die MPS. Zudem weist das Hayek Institut auch viele Verbindungen zu privatwirtschaftlichen AkteurInnen (blaue Kreise) auf, die als Vorstandsmitglieder fungieren oder auch Verbindung zur österreichischen Wirtschaft oder Wirtschaftsverbänden halten. Über eine Reihe von „interlocking directorates“ wie der MPS, der Freiheitsakademie, der Hayek Gesellschaft oder dem „Club Unabhängiger Liberaler“ bestehen aber auch enge Vernetzungen zwischen dem Hayek Institut und der Agenda Austria. Letztere zeichnet sich über eine Reihe unmittelbarer medialer Vernetzungen aus, die sich neben Online-Portalen wie Ortner-Online auch auf Qualitäts-Printmedien wie der

Tanks Hayek Institut, Agenda Austria und Eco Austria stellen die Ausgangspunkte für eine Analyse nach dem Schneeballsystem dar (vgl. auch Schlögl/Plehwe 2015) und werden daher auch tendenziell überrepräsentiert. Gleichzeitig wird die Dichte des Netzwerks tendenziell unterschätzt. Bei den Personen bedeutet rot medialen, blau privatwirtschaftlichen, schwarz wissenschaftlichen und braun politischen Hintergrund.

Presse oder der NZZ erstreckt. Im Vergleich zum Hayek Institut sind mit der Agenda Austria relativ mehr AkteurInnen aus der Wissenschaft verbunden, trotzdem bestehen über „interlocking directorates“ wie Sorger oder Kraus enge Verbindungen zu Wirtschaftsverbänden bzw. der Privatwirtschaft. Dabei muss angemerkt werden, dass die in Kapitel 3.2 dargelegten Verbindungen zu privatwirtschaftlichen Fördergebern in diesem Netzwerk nicht dargestellt sind. Generell zeigt sich, dass sowohl die Agenda Austria wie auch das Hayek Institut gut in bestehenden Netzwerken neoliberaler Think Tanks verankert sind. In Folge wird nun primär anhand der medialen Aktivitäten der Agenda Austria exemplarisch die Darstellung des „semantic fields“ bzw. der Diskurskoalition einer „Agenda des Rückbaus des Sozialstaats“ vorgenommen.

4 Think Tanks als neue Akteure in österreichischen, gesellschaftspolitischen Diskursen

Der 2013 gegründete Think Tank Agenda Austria zeichnet sich wie gezeigt durch seine hohe mediale Präsenz und Vernetzung aus, die sich mittlerweile teilweise als Katalysator neoliberaler Reformdiskurse erweist. Recht deutlich wird dies am Beispiel der laufenden Debatte zu einer neuerlichen Reform des Pensionssystems. Die monetäre Absicherung im Alter ist bislang ein zentrales Element im österreichischen Sozialstaat. Die Sicherung der Pensionen ist vielen ÖsterreicherInnen ein äußerst wichtiges Anliegen. Mit Verweis auf eine „wachsende Finanzierungslücke“ werden von der Agenda Austria laufend Vorschläge eingebracht (Christl/Kucsera 2015), die recht eindeutig mit einem Abbau kollektiver sozialstaatlicher Sicherung einhergehen und somit der Individualisierung und Vermarktlichung der Alterssicherung Vorschub leisten. Verunsicherung ist dabei ein wichtiger Faktor. Mittlerweile gehen viele junge Erwachsene davon aus, dass unser gesetzliches Pensionssystem perspektivisch nicht aufrechterhalten werden kann. Gestärkt und propagiert wird die Verunsicherung auch durch kapitalmarktorientierte Anbieter, die sich durch die Privatisierung des bislang staatlichen „Wohlfahrtsmarkt“ große Gewinnpotenziale in Form von privaten Altersvorsorgen versprechen.

Jüngst war den heimischen Medien zu entnehmen, dass eine vom derzeitigen Finanzminister beauftragte ExpertInnengruppe, unter Federführung des Ökonomen Gottfried Haber, Vorschläge zu langfristigen Finanzierung und Nachhaltigkeit des Pensionssystems erarbeitet hat, die sich recht deutlich mit jenen der Agenda Austria decken und dort auch breit rezipiert wurden: rasche Anhebung des Frauenpensionsantrittsalters, Koppelung des gesetzlichen Pensionsantrittsalter an die steigende Lebenserwartung (Pensionsautomatik) bzw. Anpassung

der Pensionshöhe an die steigende Lebenserwartung, Erhöhung der Pensionsbeiträge oder Begrenzung des Bundesbeitrags zur Pensionsversicherung (z.B. Der Standard 2015a).

Insbesondere die Pensionsautomatik steht in den Studien der Agenda Austria im Vordergrund: „Das kann geschehen, indem das gesetzliche Antrittsalter von derzeit 65 Jahren automatisch steigt. Diese Maßnahme zieht auch einen höheren Durchrechnungszeitraum als 45 Jahre nach sich. Mit dem Effekt, dass für die gleichen Pension – die aber länger bezogen wird – länger zu arbeiten ist und so das System entlastet wird.“ (Christl/Kucsera 2015, 11). Vorteilhaft sei bei der Einführung des Mechanismus vor allem auch, dass „Politik in puncto Pensionen nicht mitzureden“ habe (Christl/Kucsera 2015, 8) und somit für Sozialleistungskürzungen weder Parteien und PolitikerInnen verantwortlich gemacht werden. Mitgeliefert mit dem Vorschlag zu einer Koppelung der (steigenden) Lebenserwartung mit dem Pensionsantrittsalter wird demnach zugleich ein Freibrief für Parteien und PolitikerInnen zu einem substantiellen Abbau der monetären Lebenssicherung im Alter. Argumentiert wird auch mit der Möglichkeit der PensionsanwärterInnen „selber (zu) entscheiden, ob sie früher oder später mit einer geringeren oder später mit einer höheren Rente in Pension gehen wollen“ (Christl 2015). Dieses auf den ersten Blick vielversprechende Szenario „Wahlfreiheit“ stellt sich aus verteilungspolitischer Perspektive ambivalent dar, da hier jene soziodemographischen Faktoren ignoriert werden, die mit der statistischen Lebenserwartung in engem Zusammenhang stehen: Soziale Ungleichheit in Lebens- und Arbeitsbedingungen, insbesondere niedrige Einkommen und Bildung, verkürzen die Lebenserwartung (z.B. Habl et.al 2014, 259f.). Mit der Umsetzung eines solchen Modells kommt es daher zu einer Umverteilung von unten nach oben, womit das Prinzip der solidarischen sozialstaatlichen Absicherung außer Kraft gesetzt wird (Der Standard 2014).

Vielmehr laufen alle genannten Optionen auf Kostenreduktion und Ausgabendämpfung hinaus und führen de facto zu einer Reduzierung der individuellen zu erwartenden Pensionen. Jene, die finanziell dazu in der Lage sind, werden sich wohl oder übel eine Versorgung fürs Alter kaufen (müssen). Reale soziale Auswirkungen für alle anderen werden zu einer deutlich höheren Altersarmut führen (Karasek 2013). Der lapidare Hinweis auf das System der Mindestpension (gemeint ist damit der Ausgleichszulagenrichtsatz), die auch schon heutzutage kaum über der Armutgefährdungsschwelle liegt, ist eher als Alibi-Bemerkung zu interpretieren (Christl/Kucsera 2015, 8).

Ebenso wenig wird bei den Vorschlägen der Agenda Austria zum Umbau des Pensionssystems auf die Veränderungen des Arbeitsmarktes und der Beschäftigungssituation Bezug genommen, die sich mit den Schlagwörtern Dynamisierung, Flexibilisierung und

Prekarisierung umreißen lassen. Dazu kommt die aktuell steigende Arbeitslosigkeit, insbesondere bei gering qualifizierten und älteren Arbeitskräften, die dazu führt, dass schon jetzt „strukturelle wirtschaftliche Probleme und Risiken von den Betroffenen individuell getragen werden müssen“ (Mayrhuber 2015, 253). Der von den neoliberalen Think Tanks favorisierte Pensionsautomatismus würde dies zweifellos potenzieren.

Aber auch alle anderen Optionen, wie z.B. Begrenzung des Bundesbeitrags, laufen auf den Abbau hinaus. Völlig unbeachtet bleiben Alternativstrategien zur nachhaltigen Finanzierung, die beispielsweise durch die Einbeziehung aller Bereiche der Wertschöpfung in die Finanzierung sozialer Sicherheit erreicht werden könnte. Vielmehr sollte wie eine Mitarbeiterin der Agenda Austria frei nach dem Motto jeder sei seines Glückes Schmied meint, „(j)eder soll so viel Pension bekommen, wie er einbezahlt hat“ (Köppel-Turyna 2015).

Nicht nur mit dieser Aussage wird klar, dass systematisch und kontinuierlich sozialstaatliches Handeln in Frage gestellt wird. Die Devise „mehr Markt“ wird auch damit begründet, dass durch den Aufbau wohlfahrtsstaatlicher Strukturen „immer weitere Lebensbereiche verbürokratisiert und dem Markt entzogen“ wurden¹⁴ (Agenda Austria 2012, 111) und der Sozialstaat - und nicht der Markt - zur Ungleichheit beitrage: „Während staatliche Eingriffe über Steuern und Umverteilung meist mit einer gleicheren Verteilung assoziiert werden, gibt es eine Reihe von Interventionen, die eher die Ungleichheit ansteigen lassen“ (Lorenz/Christl 2015, 116).

Die ungleiche Verteilung von Vermögen, so wird dazu weiter ausgeführt, wird durch wohlfahrtsstaatliches Handeln produziert, da es durch einen stark ausgebauten Sozialstaat keinen Anreiz zur privaten Vermögensbildung gäbe; die Förderung des öffentlichen Wohnbaus sei beispielsweise kontraproduktiv, da durch günstige Mieten keine Notwendigkeit bestehe, Wohnungen und Immobilien zu erwerben. Wiewohl an anderer Stelle erwähnt, dass es „also nicht ganz von der Hand zu weisen (ist), dass Umverteilung durchaus Erfolge aufweisen kann“ (Lorenz/Christl 2015, 30), werden die Argumente für bzw. gegen sozialstaatliches Agieren hier auf den Kopf gestellt; das Pferd wird quasi von hinten aufgezäumt, um den Trugschluss des Zuviels an staatlicher Intervention zu bekräftigen.

Dies spiegelt sich auch in den laufenden parteipolitischen Diskussionen zur Reform der Mindestsicherung sowie zu den Transfers aus der Arbeitslosenversicherung wider. Nicht die meist triste Lebenslage der BezieherInnen steht im Mittelpunkt, sondern die von der Agenda Austria ventilierte Behauptung (2012, 39), dass umverteilende Sozialtransfers sich auf „das

¹⁴ So ist es nur folgerichtig, dass Kraus für eine Privatisierung des Pensionssystems das Chile der 1970er Jahre als Vorbild nimmt, in dem die repressive Militärjunta unter General Pinochet in Kooperation mit neoliberalen Ökonomen aus Chicago eine marktradikale „tabula rasa“ umsetzen konnte (Fischer 2012).

Verhalten jener, die Unterstützung erhalten“ dahingehend auswirken, dass „letztlich die Leistungsbereitschaft aller“ leide. Wie schon in den 1990er Jahren wird ein Generalverdacht gegen alle BezieherInnen von Mindestsicherung und Arbeitslosengeld laut, der eng mit Missbrauch und sozialer Hängematte konnotiert ist. „Mitterlehner und Co hinterfragen Mindestsicherung“ (Der Standard 2015b) und votieren umgehend für strengere Regeln und mehr Kontrolle. Auch die FPÖ sieht hier Handlungsbedarf und fordert zusätzlich die „Einführung eines Herkunftslandprinzips“, demnach einen auf ÖsterreicherInnen beschränkten Zugang zur Mindestsicherung mit der Begründung, dass sowohl bei der Mindestsicherung als auch bei Arbeitslosengeldleistungen die hohe Zahl der Nicht-StaatsbürgerInnen das Sozialsystem über Gebühr belasten (FPÖ 2015). Insbesondere von der ÖVP werden die „zu hohen Arbeitsloseneinkommen“ kritisiert, die keinen ausreichenden Arbeitsanreiz bieten, wenn bzw. weil „die erhaltenen Leistungen ohne Arbeit fast genauso hoch sind“ (Der Standard 2015c; 2015d).

Diese Argumentation folgt der Logik des Hayek-Instituts, dessen MitarbeiterInnen die Frage noch unverblümt die Frage aufwerfen, „warum jemand überhaupt noch hart arbeiten sollte, wenn Transferleistungen es ermöglichen, ein ‚normales‘ Leben zu führen? Hohe Transferleistungen nehmen nämlich oftmals den Anreiz wirtschaftlich effizient zu sein, ja sogar aktiv zu werden“ (Hayek-Institut 2015). Arbeitslosigkeit wird nicht strukturell oder konjunkturell verortet, sondern in der Tradition der neoklassischen Wirtschaftstheorie durch mangelnde individuelle Motivation, quasi als „freiwillig“, begründet. Und wieder wird der Sozialstaat als Problemerzeuger umgedeutet. Die sich daraus ableitenden Reformschritte für die Mindestsicherung zielen - unabhängig davon, dass schon bislang strikte Arbeitsbereitschaft eine Grundvoraussetzung für den Bezug ist – auf die Ausweitung der Kontrollen und Sanktionen, auf eine verpflichtende Kürzung nach einjährigem Bezug, auf eine partielle Umstellung von Geld- auf Sachleistungen sowie eine Deckelung der Leistungshöhe für Familien ab (Kronenzeitung 2015). Anfänglich wurde diese von der ÖVP eingebrachten Vorschläge von der SPÖ abgelehnt, mittlerweile herrscht bei den Regierungsparteien Einigkeit darüber, noch im ersten Halbjahr 2016 Sanktionen für BezieherInnen der Mindestsicherung zu verschärfen und stärkere Arbeitsanreize vorzusehen (Die Presse 2015).

5 Fazit

Die Zukunft, das Ausmaß sowie der Grad von Sozialstaatlichkeit wird maßgeblich von dem bestimmt, was Franz-Xaver Kaufmann (1997) als die kulturelle Grundlage oder auch

„kulturelle Herausforderung“ bezeichnet. Gemeint ist damit, dass wohlfahrtsstaatliche Sicherung auf einem weitgehend gemeinsamen Werterahmen aufbaut, in welchem sowohl das Bekenntnis zu Sozialstaatlichkeit als auch Vertrauen und Respekt vorhanden sind. Agenda Austria und andere Think Tanks setzen hier an und versuchen eine ideologische Spaltung voranzutreiben, die letztlich dazu beitragen soll, sozialstaatliche Sicherung als ineffizient und leistungshemmend zu diskreditieren und mittels marktliberaler Ansätze soziale Polarisierung und soziale Ungleichheit in die Mitte der österreichischen Gesellschaft zu tragen.

Dieser Artikel zeigt, dass neoliberale Think Tanks in Österreich auf mehreren Ebenen gut vernetzt sind und damit heterogene Potenziale der Beeinflussung des gesellschaftspolitischen Diskurses aufweisen. Das Hayek Institut, der älteste neoliberale Think Tanks Österreichs, unterhielt enge Verbindung zum ehemaligen Finanzminister Grasser, weist auch heute noch enge personelle Verbindungen zur FPÖ auf und agiert (oft unauffällig) als beständiger neoliberaler Taktgeber. Die Agenda Austria wiederum kann durch ihren Vorsitzenden Franz Schellhorn, ehemaliger Presse Wirtschaftsredaktionsleiter, auf enge Medienkontakte zurückgreifen und hat insbesondere in der Pensionsdebatte durch aktuelle Analysen und Kommentare und offensives mediales Engagement politischen Einfluss gewonnen. Bei aller Nuancierung besteht generell ein persönliches, strukturelles und finanzielles Naheverhältnis vieler neoliberaler Think Tanks zu Interessensvertretungen der Industrie und Wirtschaft. So war im Gründungskontext beider hier beschriebenen Think Tanks die Industriellenvereinigung maßgeblich beteiligt und das Netzwerk wie auch die Förderstruktur beider „unabhängiger“ Institutionen lässt auf enge Verbindung zu finanzkräftigen und einflussreichen privatwirtschaftlichen Akteuren schließen.

Auch wenn neoliberale Reformagenden in Österreich maßgeblich während der ÖVP/FPÖ-Regierungszeit Anfang der 2000er Jahre lanciert wurden, stellen neoliberale Think Tanks mit ihren klaren Botschaften, die in der Essenz eine dichotome Auffassung von freien Märkten als effizient und zukunftsfähig und Staat und (Partei-)Politik als ineffizient und ökonomische Prosperität unterdrückend, vertreten, einen weiteren Radikalisierungsschritt in der Demontage des österreichischen Sozialstaats dar. Dies insbesondere, wenn mit dem Schein wissenschaftlicher Autorität und politischer Unabhängigkeit, privatwirtschaftliche Interessen finanzkräftiger Förderer vertreten werden. Wie Schlögl/Plehwe (2015) zeigen, sind Think Tanks in Österreich generell ein eher neues Phänomen. Von 22 Institutionen in diesem Feld wurden neun nach 2009 gegründet, nur vier hingegen vor 2000. Dies kann durchaus als strategische Interessensbündelung Besitzender in der Phase einer potenziellen Krise des Kapitalismus nach Ausbruch der Finanzkrise verstanden werden. Die juristischen

Rahmenbedingungen für advokatorische Think Tanks etwa über die Finanzierung durch Privatstiftungen sind dabei in Österreich im Gegensatz zu Großbritannien oder den USA äußerst günstig, was sich nicht zuletzt darin äußert, dass der Vorsitzende des Verbandes österreichischer Privatstiftungen auch für das Sponsoring der Agenda Austria sorgt.

Der Prozess des Aufbaus von Einflusspotenzial neoliberaler Think Tanks auf den gesellschaftspolitischen Diskurs in Österreich steht noch eher am Anfang und die unmittelbare Wirkungsabschätzung gestaltet sich noch schwierig. Durch die in diesem Artikel dargestellte starke Verankerung insbesondere der Agenda Austria in bestehenden und finanzkräftigen Diskurskoalitionen mit einer „Agenda zum Rückbau des Sozialstaats“, verbunden mit ihrer hohen medialen Resonanz, wurde allerdings bereits eine sehr gute Ausgangsbasis für weitere Angriffe auf Zukunft, Ausmaß sowie den Grad von Sozialstaatlichkeit gelegt, die wie eingangs dargelegt die „kulturelle Grundlage“ des österreichischen Wohlfahrtsstaats bilden.

Quellen:

Abelson, Donald (1995) *From policy research to political advocacy: The changing role of think tanks in American politics*. Canadian Review of American Studies 25(1), 93-126.

Abelson, Donald (2014) *Old World, New World: the Evolution and Influence of Foreign Affairs Think-Tanks*. International Affairs 90, 125–42.

AEC (2015): *Mission Statement*. URL: <http://www.austriancenter.com/mission-statement/> (dl: 11.12.2015)

Agenda Austria (2012) *Handbuch der intellektuellen Selbstverteidigung*. Wien

Agenda Austria (2015) *Mission Statement*. URL: <http://www.agenda-austria.at/mission-statement/> (dl: 11.12.2015)

Borris, Val (2005) *Interlocking Directorates and Political Cohesion among Corporate Elites*. American Journal of Sociology 111(1), 249-283.

Christl Michael (2015) *Pensionen: Die Automatik als bester Schutz vor Parteien-Hickhack*. <http://www.agenda-austria.at/pensionen-die-automatik-als-bester-schutz-vor-parteien-hickhack/> (dl: 11.12.2015)

Christl Michael/ Kucsera Dénes (2015) *Pensionsreform: Wann ist die Mehrheit weg? Wer von einer Pensionsautomatik profitieren würde. Und wer nicht*. Agenda Austria Discussion paper # 3.

Der Standard (2014) *Pensionsreform: Leben und erleben lassen*. 24. November 2014 derstandard.at/2000008571611/Pensionsreform-Leben-und-erleben-lassen (dl: 10.10.2015)

Der Standard (2015a) *Schellings Pensionsexperten verärgern SPÖ*. 9.12.2015 derstandard.at/2000027197250/Schellings-Pensionsexperten-veraergern-SPOe (dl: 10.12.2015)

- Der Standard (2015b) *Mitterlehner und Co hinterfragen Mindestsicherung*. 6. Juli 2015
derstandard.at/2000018656336/Mitterlehner-Co-hinterfragen-Mindestsicherung (dl: 10.12.2015)
- Der Standard (2015c) *Schelling: Arbeitsloseneinkommen in Österreich ist zu hoch*. 25. Juli 2015
derstandard.at/2000019681222/Schelling-Arbeitslosengeld-in-Oesterreich-ist-zu-hoch (dl:
26.7.2015)
- Der Standard (2015d) *Zu hohes Arbeitsloseneinkommen: Hagel an Kritik an Schelling*. 26. Juli 2015
derstandard.at/2000019732183/Zu-hohes-Arbeitsloseneinkommen-Hagel-an-Kritik-an-Schelling
- Die Presse (2015) *Mindestsicherung: Regierung plant einheitliche Sanktionen*. 15.12.2015
diepresse.com/home/politik/innenpolitik/4887981/Mindestsicherung_Regierung-plant-
einheitliche-Sanktionen?from=suche.intern.portal. (dl:15.12.2015)
- Fischer, Karin (2012) *Der Gesellschaftsvertrag einer Diktatur: Ideen- und Realgeschichte der
chilenischen „Verfassung der Freiheit“*. In: Nordmann, Jürgen/Hirte, Katrin/Ötsch, Walter (Hg.):
Demokratie! Welche Demokratie? Marburg: Metropolis Verlag, 192-220.
- FPÖ (2015) *Pressemitteilung*. [http://www.fpoe.at/artikel/fpoe-kickl-zu-schelling-arbeitslosengeld-ist-
nicht-zu-hoch-sondern-mindestsicherung-setzt-falsche-anreize/](http://www.fpoe.at/artikel/fpoe-kickl-zu-schelling-arbeitslosengeld-ist-nicht-zu-hoch-sondern-mindestsicherung-setzt-falsche-anreize/) (dl.15.12.2015)
- Gasser, Florian/ Müller, Stefan (2012) *Hayek Institut. Freibeuter der Märkte*. Die ZEIT vom
18.10.2012.
- Girkinger, Michael (2007) *"Erklär' mir die Welt" - neoliberale Bewusstseinsarbeit am Beispiel des
Wiener Hayek Instituts*. Österreichische Zeitschrift für Politikwissenschaft 36 (2), 201-218.
- Habl Claudia et.al (2014) *Armut und Gesundheit*. In: Dimmel/Schenk/Stelzer-Orthofer (Hg.):
Handbuch Armut in Österreich. Innsbruck S 240-267
- Hajer, Maarten (1993) *Discourse Coalitions and the Institutionalisation of Practice: The Case of Acid
Rain in Great Britain*. In: Fischer, Frank/Forester, John (Hrsg.): The Argumentative Turn in
Policy Analysis and Planning. Duke University Press, 43-67.
- Hayek Institut (2014a) *Ein Gala-Abend mit Prof. Deirdre McCloskey*. Presseaussendung. URL:
[www.ots.at/presseaussendung/OTS_20141029_OTS0204/ein-gala-abend-mit-prof-deirdre-
mccloskey-anhang](http://www.ots.at/presseaussendung/OTS_20141029_OTS0204/ein-gala-abend-mit-prof-deirdre-mccloskey-anhang) (dl.: 11.12.2015)
- Hayek Institut (2014b) *Jahresbericht 2013*. URL: <http://www.hayek-institut.at/impressum> (dl.:
11.12.2015)
- Hayek, Friedrich A. von (1949) *Intellectuals and Socialism*. University of Chicago Law Review 16(3),
417-433.
- Hayek-Institut (2015) *Von Armut zu Wohlstand. Lösungen basierend auf freier Marktwirtschaft*. Wien.
- Hodoschek, Andrea (2013) *Denkfabrik der Millionäre*. Kurier vom 27.1.2013. URL:
[kurier.at/meinung/kolumnen/wirtschaft-von-innen/agenda-austria-denkfabrik-der-
millionaere/2.880.795](http://kurier.at/meinung/kolumnen/wirtschaft-von-innen/agenda-austria-denkfabrik-der-millionaere/2.880.795) (dl: 11.12.2015)

- Karasek, Thomas (2013) *Leben in Würde statt Altersarmut. Betrachtungen zur Frage der Aufrechterhaltung des Umlageverfahrens im österreichischen Pensionssystem*. WISO 1/2013, 51-64.
- Kaufmann Franz-Xaver (1997) *Herausforderungen des Sozialstaats*. Frankfurt: suhrkamp.
- Kraus, Christoph (2012) *Agenda Austria: „Großhändler von Ideen“*. Interview in der Wiener Zeitung vom 26.12.2012.
- Kronenzeitung (2015) *Mindestsicherung: ÖVP drängt auf Verschärfungen*. 27.11.2015 www.krone.at/Oesterreich/Mindestsicherung_OeVP_draengt_auf_Verschaerfungen-Kostenexplosion-Story-484256 (dl. 7.12.2015)
- Lorenz Hanno/ Christl Michal (2015) *Von Armut, Ungleichheit und Verteilung*. Hgg. Agenda Austria, www.agenda-austria.at
- Manning, Willard/ Newhouse, Joseph/ Duan, Naihua/ Keeler, Emmett/ Leibowitz, Arleen (1987) *Health Insurance and the Demand for Medical Care: Evidence from a Randomized Experiment*. The American Economic Review, 77(3), 251–277
- Mayrhuber Christine (2015) *Sozialpolitische Entwicklungen in Österreich*. In: Beigewum (Hg.): *Politische Ökonomie Österreichs. Kontinuitäten und Veränderungen seit dem EU-Beitritt*. Wien S 241-259
- McGann, James (1992) *Academics to Ideologues: A Brief History of the Public Policy Research Industry*. Political Science & Politics 25, 733-740.
- McGann, James (2014): *Global Go to Think Tank Index Report 2013*. Think Tanks and Civil
- McGann, James/Weaver, Kent (2000) *Think tanks and civil societies: catalysts for ideas and action*. New Brunswick, NJ: Transaction Publishers.
- Mirowski, Philipp/Plehwe, Dieter (2009) (ed.) *The Road from Mont Pèlerin. The Making of the Neoliberal Thought Collective*. Harvard University Press.
- Muller, Christopher (1998) *The institute of economic affairs: Undermining the post-war consensus*. Contemporary British History 10(1), 88-110.
- Nordmann, Jürgen (2005) *Der lange Marsch zum Neoliberalismus – Vom Roten Wien zum Freien Markt – Popper und Hayek im Diskurs*. Hamburg: VSA.
- Ötsch, Walter (2009) *Bilder der Wirtschaft. Metaphern, Diskurse und Hayeks neoliberales Hegemonialprojekt*. In: Hieke, Herbert (Hg.): *Kapitalismus. Kritische Betrachtungen und Reformansätze*. Marburg: Metropolis, 39-68.
- Ötsch, Walter/Pühringer, Stephan (2015) *Marktradikalismus als Politische Ökonomie. Wirtschaftswissenschaften und ihre Netzwerke in Deutschland ab 1945*. ICAE Working Paper Series 38. University of Linz, Austria.
- Pautz, Hartwig (2012) *Think-Tanks, Social Democracy and Social Policy*. Basingstoke: Palgrave.

- Plehwe, Dieter (2010) *Im Dickicht der Beratung. Es mangelt nicht an Europa Think Tanks, wohl aber an Transparenz.* WZB-Mitteilungen 130, 22–25. URL: <http://www.wzb.eu/publikation/pdf/wm130/22-25.pdf>. (dl: 12.7.2015)
- Plehwe, Dieter (2013) *Angriff und ‚Roll Back‘. Das konstruktive und destruktive Potenzial von Think Tank-Netzwerken.* In: Juridikum–Zeitschrift für Kritik, Recht, Gesellschaft 1/2013, 98–108.
- Plehwe, Dieter (2014) *Think Tank Networks and the Knowledge-Interest Nexus. The Case of Climate Change.* In: Critical Policy Studies 1, 101–115.
- Plehwe, Dieter/Walpen, Bernhard (2006) *Between Network and Complex Organization: The Making of Neoliberal Knowledge and Hegemony.* In: Walpen, Bernhard/Plehwe, Dieter Plehwe/Neunhöffer, Gisela (eds.): *Neoliberal Hegemony: A Global Critique.* London: Routledge, 27–70.
- Ptak, Ralf (2004) *Vom Ordoliberalismus zur Sozialen Marktwirtschaft. Stationen des Neoliberalismus in Deutschland.* Opladen.
- Pühringer, Stephan (2015) *‘Harte‘ Sanktionen für ‚budgetpolitische Sünder‘ Diskursanalytische Aufarbeitung der Argumentationsmuster für den Fiskalpakt in meinungsbildenden österreichischen Medien.* Momentum Quarterly 4(1), 23-41.
- Pühringer, Stephan/Hirte, Katrin (2014) *ÖkonomInnen und Ökonomie in der Krise?! Eine diskurs- und netzwerkanalytische Sicht.* WISO 37(1), 159-178.
- Regierungsprogramm 2000 (2000) *Arbeitsübereinkommen der ÖVP-FPÖ-Regierung.* Wien
- Rich, Andrew/ Weaver, Kent (1998) *Advocates and Analysts: Think Tanks and the Politicization of Expertise.* In: Cigler, Allen/ Loomis, Burdett (ed.): *Interest Group Politics.* Washington, DC: Congressional Quarterly Press, 235-254.
- Rosenberger Sieglinde/ Schmid Gabriele (2003) *Treffsicher. Sozialpolitik zwischen 2000 und 2002.* In: Rosenberger Sieglinde / Tálos Emmerich (Hg.): *Sozialstaat. Probleme, Herausforderungen, Perspektiven.* Wien , 96-120
- Rothschild, Kurt (2004) *„Der Heiligenschein ist angekratzt, aber der Neoliberalismus ist noch immer sehr stark“.* Interview in Intervention – Europäische Zeitschrift für Ökonomie und Wirtschaftspolitik 1(1), 5-12.
- Sabatier, Paul A. (1993) *Advocacy-Koalitionen, Policy-Wandel und Policy-Lernen: Eine Alternative zur Phasenheuristik.* Politische Vierteljahresschrift 24 (Sonderheft zu “Kritik und Neuorientierung”), 116-148.
- Sabatier, Paul A. (1998) *The Advocacy Coalition Framework: Revisions and Relevance for Europe.* In: Journal for European Public Policy 5(1), 98-130.
- Sabatier, Paul A./ Weible, Christopher M. (2007) *The Advocacy Coalition Framework. Innovations and Clarifications.* In: Sabatier, Paul A. (ed.): *Theories of the Policy Process.* Boulder: Westview Press, 189-220.

- Schlögl, Mathias/Plehwe, Dieter (2015) *Schlagseite programmiert. Die neue Generation parteiischer Think Tanks in Österreich*. Kurswechsel 2/2015, 28-43.
- Seifert Marion (2012) *Politikberatung in Österreich: „Funktionsweisen von Expertenkommissionen im sozialpolitischen Entscheidungsprozess“*. Diplomarbeit. Universität Wien.
- Speth, Rudolf (2006) *Advokatorische Think Tanks und die Politisierung des Marktplatzes der Ideen*. Berlin FES betrifft: Bürgergesellschaft 24.
- Stone, Diane (2013) *Knowledge Actors and Transnational Governance: The Public-Private Policy Nexus in the Global Agora*. Basingstoke: Palgrave.
- Stone, Diane/Ullrich, Heidi (2003) *Policy Institutes and Think Tanks in Western Europe*. Center for Policy Studies. Discussion Paper No. 24. pdc.ceu.hu/archive/00006981/01/LGI_Policy-Research-Institutes-Paper_2003.pdf (dl: 11.12.2015)
- Tálos Emmerich (2005) *Vom Siegeszug zum Rückzug: Sozialstaat Österreich 1945-2005*. Innsbruck
- Tálos, Emmerich (2006): *Sozialpartnerschaft. Austrokorporatismus am Ende?* In: Dachs, Herbert/Gerlich, Peter/Gottweis, Herbert (Hg.): *Politik in Österreich. Das Handbuch*. Wien, 425-442.
- Thunert, Martin (2003) *Think Tanks in Germany*. In Stone, Diane/Denham, Andrew (ed.): *Think Tanks Across Nations: Policy Research and the Politics of Ideas*. Manchester University Press, 71-88.
- Thunert, Martin (2006) *The Development and Significance of Think Tanks in Germany*. *German Policy Studies* 3(2), 185-221.
- TTRN (2015) *Semantic Fields*. URL: thinktanknetworkresearch.net/ (dl: 11.12.2015)